

Vorwort

Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften und der politische Umgang mit Religion werden in Deutschland seit einigen Jahren intensiv diskutiert. Ursächlich dafür ist zum einen die gegenwärtige Sichtbarkeit von Religion, die sich vor allem auf die eher neuen Religionen in Deutschland zurückführen lässt und viele öffentliche Debatten provoziert. Zum anderen rufen die gesellschaftliche Rolle und die Stellung der Kirchen angesichts rückläufiger Mitgliederzahlen Fragen und Kritik hervor. Getragen werden diese öffentlichen Debatten durch widerstreitende religionssoziologische Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsprognosen. Sie schwanken zwischen der Feststellung eines zunehmenden Bedeutungsverlusts von Religion durch voranschreitende Säkularisierungsprozesse auf der einen und einer Wiederkehr der Religionen auf der anderen Seite. Politisch manifestiert sich die Debatte gegenwärtig vor allem im Umgang mit der religiösen und weltanschaulichen Pluralisierung der Gesellschaft und kreist dabei in erster Linie um die Integration des Islam sowie den Umgang mit der wachsenden Zahl an konfessionslosen Personen in Deutschland. Beide Entwicklungen führen dazu, dass die Trennungs- und Verbindungslinien von Staat und Religionen in Deutschland zunehmend debattiert werden (vgl. Hidalgo 2016). Und der Diskurs wird rauer. Dies lässt sich an dem laizistischen Bündnis „BaŞta“ zur Beendigung der Staatsleistungen ebenso belegen wie an der Absage der SPD, den Arbeitskreis „Säkulare Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen“ zu gründen. Auch die Reaktion des Islamkritikers Hamed Abdel-Samad auf das Nein zum Arbeitskreis im Humanistischen Pressedienst (hpd) zeigt deutlich die zunehmende Polarisierung. Abdel-Samad kritisiert, dass „Religionskritik [...] in jeder Partei verpönt“ sei und spricht eine „Warnung“ aus: „Entweder öffnen sich die Parteien auch für die Säkularen und ihre Themen oder wir gründen eine neue Partei“ (Kommentar auf hpd.de). Durch diese Entwicklungen werden nicht nur staatliche und politische Akteure herausgefordert. Auch religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften und Organisationen positionieren sich zunehmend zur Religionspolitik in Deutschland. Sie diskutieren intern, aber auch öffentlich, ob sie sich an die bestehende Gesetzeslage anpassen oder versuchen wollen, Veränderungen zu erwirken oder gar neue Gesetze bzw. eine neue religionspolitische Ordnung zu etablieren. Im vorliegenden Text werden diese Diskurse genauer beleuchtet. Dabei werden zwei relativ neue religionspolitische Handlungsfelder fokussiert: die Islampolitik und die Weltanschauungspolitik. In der Analyse dieser beiden Bereiche der Religionspolitik werden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, die sich auf die Eigenheiten und den Entwicklungsstand der religionspolitischen Bereiche selbst zurückführen lassen. So werden die verschiedenen islampolitischen Ansätze in Deutschland vorgestellt und kategorisiert. Es wird ein Überblick über die historischen Entwicklungen und die aktu-

ellen islampolitischen Formate erstellt. Dabei wird erklärt, welche politische Agenda in welchen Formaten verfolgt wird, welche Herausforderungen und Probleme sich zeigen und welche Erfolge bereits erreicht wurden. Da sich die Weltanschauungspolitik noch in den Anfängen befindet und sich noch keine festen Politikstile und -formate etabliert haben, werden im Folgenden vor allem das Profil und die religionspolitische Agenda der Weltanschauungsgemeinschaften vorgestellt und erörtert.

Zum Verständnis dieser beiden Handlungsbereiche der aktuellen Religionspolitik ist es zunächst erforderlich, das Politikfeld der „Religionspolitik“ zu konkretisieren und zu erläutern, durch welche religionspolitische Ordnung es bestimmt ist. Hierzu werden die rechtlichen und politischen Grundlagen aufgezeigt und es wird analysiert, wie Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der religionspolitischen Ordnung als gesellschaftliche Akteure konzipiert werden.

Daran anschließend werden die Annahmen und empirischen Anhaltspunkte der bereits erwähnten religionssoziologischen Prognosen über die Entwicklung von Religion anhand von Pluralisierungs-, Individualisierungs- und Säkularisierungstheorien erläutert. Zudem wird überprüft, ob bzw. auf welche Weise sich die Prognosen in der religiös-weltanschaulichen Landschaft Deutschlands widerspiegeln.

Auf dieser Grundlage werden anschließend die Folgewirkungen für die Religionspolitik anhand der genannten Handlungsfelder der Islam- und Weltanschauungspolitik erörtert. In einem Ausblick werden Handlungsperspektiven auf die Herausforderungen der aktuellen Religionspolitik entwickelt. Hierfür werden drei Akteursgruppen voneinander unterschieden. Das Handlungsfeld der Politik wird vor allem dadurch bestimmt, die religionspolitische Integration vor dem Hintergrund religiöser und weltanschaulicher Pluralisierungs- sowie Säkularisierungsprozesse zu steuern. Die relativ neuen Akteure in der Religionspolitik müssen sich sortieren und überlegen, ob sie in der Religionspolitik aktiv werden wollen, und sich gegebenenfalls zur religionspolitischen Ordnung positionieren. Die Kirchen stehen hingegen vor der Aufgabe, ihre gesellschaftliche und religionspolitische Rolle angesichts ihrer Mitgliederverluste zu reflektieren und ihre religionspolitische Agenda zu debattieren.

Der EZW-Text will durch die Analyse eines umstrittenen öffentlichen Diskursfeldes eine sachliche Debatte über ein häufig sehr emotional besetztes Thema fördern. Damit ist der Wunsch verbunden, eine Sprachfähigkeit unter den religionspolitischen Akteuren und einen argumentativen Austausch zu fördern, der sich nicht in ideologischen Fallstricken verfängt, sondern darauf abzielt, praxisnahe Lösungen für konkrete Sachfragen zu entwickeln.

*Hanna Fülling
Berlin, im April 2019*